

## Gemeinwesenarbeit

Mit Einzelfallhilfe, soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit werden in nahezu jedem Einführungsband zu den Handlungsmethoden der Sozialen Arbeit die drei grundlegenden sozialarbeiterischen Interventionsformen klassifiziert. Je nach Schwerpunkt aber auch nach politischer – d.h. systemkritischer oder -affirmativer – Perspektive werden die Traditionen der Gemeinwesenarbeit mit unterschiedlichen Adjektiven, wie etwa wohlfahrtsstaatliche, integrative, aggressive, emanzipatorische oder katalytisch/aktivierende Gemeinwesenarbeit, versehen (Galuske 1999).

Dass Soziale Arbeit ihr Handeln an spezifischen örtlichen Einheiten ausrichtet, ist dabei weder historisch noch methodisch neu und sicherlich kein Proprium der Gemeinwesenarbeit. Von hoher Relevanz für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit als explizite Methode war sicherlich die Settlementbewegung des späten 19. Jahrhunderts (dazu: Landhäußer 2009). Im Sinne der Strategien des „Community Organizing“ und des „Community Development“ kann die Gemeinwesenarbeit auch als „Import“ aus den USA betrachtet werden. Im Sinne einer zugehenden und aufsuchenden Handlungsmethode hat sich die Gemeinwesenarbeit seit den 1950er Jahren etabliert. Allerdings fristete sie bis in die 1980er Jahre hinein weitgehend ein – fachlich mehr oder weniger wohlwollend zur Kenntnis genommenes – Nischendasein. Dies ändert sich vor allem seit den 1990er Jahren deutlich: „Zentrale Begriffe und Methoden der Gemeinwesenarbeit“, so schreibt etwa Sabine Stövesand (2007: 278), haben „einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren (...). Im KollegInnenkreis wird schon darüber diskutiert, ob ‚die Saat aufgegangen ist‘ und die Bedeutung des Gemeinwesenansatzes nun endlich die verdiente Anerkennung finde“.

Geht man nicht davon aus, dass das kollektive Gedächtnis der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit einen jahrzehntelangen Aussetzer hatte, und nun, durch Einsicht in die fachliche Notwendigkeit, plötzlich wieder in Gang gekommen ist, stellt sich die Frage, woher die gegenwärtige Konjunktur der gewiss nicht neuen Begriffe, Methoden und Perspektiven der Gemeinwesenarbeit kommt.

### 1 Die Konjunktur der Gemeinwesenarbeit

Ein wichtiges Moment der Konjunktur gemeinwesen- bzw. sozialraumorientierter Ausrichtungen der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit besteht sicherlich darin, dass Probleme sozialer Ungleichheit, Unterdrückung und Ausbeutung programmatisch in

Probleme „sozialer Exklusion“ umgedeutet worden sind. Die dieser Umdeutung immanente Diagnose legt die Therapie nahe: Es geht weniger um sozialen Ausgleich, sondern um die Integration, um die Durchbrechung der ‚Wohlfahrtsabhängigkeit‘, die ‚Befähigung‘ „zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung“ (Evers 2008: 239) und um die Mobilisierung einer aktiven Teilnahme der „exkludierten“ Gruppen.

Diese aktive Teilnahme soll in erster Line durch die Integration in den Arbeitsmarkt, im Sinne einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, erfolgen. Zugleich findet sich ein wieder erwachtes Interesse an den ‚sozialen Bindekräften‘ bzw. dem ‚Leim, der die Gesellschaft zusammenhält‘. Diese Bindekräfte werden weniger in einer wohlfahrtsstaatlich organisierten und sichergestellten administrativen Solidarität gesucht, der eine mangelnde und schwindende Problemlösungseffizienz zugeschrieben wird (ein entscheidendes Schlagwort lautet „Unregierbarkeit“, Offe 1979). Die Hoffnung liegt weniger im sozialstaatlichen „big government“ (Rose 1981), sondern eher in den Wirkkräften und Potenzialen in- und non-formeller ‚sub-politischer‘ Bereiche. Dabei verschieben sich die Gewichte einer aktiven sozialstaatlichen Gesellschaftsintegration zugunsten einer kulturell-solidarischen Integration in die Bürgergesellschaft. Diese Bürgergesellschaft, so argumentiert der konservative Bremer Historiker Paul Nolte, lasse sich vor allem „als eine ‚investive Gesellschaft‘ beschreiben, weil sie vom Leitbild der Anspruchsberechtigung, des Konsums von Ressourcen und der Selbstverwirklichung abrückt und ein Leitbild der Solidaritätsverpflichtung, der Investition von Ressourcen und der Selbstverantwortung dagegensetzt“ (Nolte 2005: 131).

Vor diesem Hintergrund kann der Umbau des fordistischen Wohlfahrtsstaats zum ‚aktivierenden Sozialstaat‘ als eine Umsetzung der Idee einer grundsätzlich neuen ‚Verantwortungsteilung‘ von Staat und Gesellschaft analysiert werden. Dabei wird der persönlichen Verantwortung und Selbstregulierung der Vorrang vor (wohlfahrts-)staatlicher Aufgabenübernahme eingeräumt (Dahme u. Wohlfahrt 2005).

Dem lokalen Nahraum der Bürger kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Denn genau hier scheinen sich persönliche Solidaritäts- und Loyalitätsbeziehungen sowie die Bereitschaft, aktiv Verantwortung zu übernehmen am effektivsten mobilisieren zu lassen, hier können „Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Selbstvertrauen in Gestalt aktiven Bürgersinns in einer selbstverwalteten Bürgergemeinde“ (re-)aktiviert (Rose 2000: 86) und lokale Gemeinwesen sowie ‚zivilgesellschaftliche‘ Aktivitäten als das ‚Sozialkapital‘ einer Wohlfahrtsgesellschaft gestärkt werden. Ein wichtiges Moment stellt dabei die Mobilisierung subsidiärer Selbsthilfe-, Solidaritäts- und Selbstorganisationspotenziale dar. Die Menschen ‚vor Ort‘ sollen dazu aktiviert werden zur Lösung ihrer individuellen und kollektiven Probleme und zur Gestaltung ihres (Zusammen-)Lebens aktiv beizutragen.

Der Fokus auf das Idealbild der selbstverantwortlichen aktiven und sozial engagierten BürgerInnen in ihren überschaubaren Lebensräumen (Kessl 2002: 121) hat auch die Soziale Arbeit erreicht. „[D]isillusioned with the mechanisms of state government“, so skizziert Heffron (2000: 478) die Situation in einer Vielzahl westlicher Wohlfahrtsstaaten, wenden sich wohlfahrtsbezogene Dienste vor allem in den 1990er Jahren „pos-

sibilities of local and grassroots ‚capacity-building‘ to achieve their ends“ zu (Heffron 2000: 478).

Zwar ist nicht zu bestreiten, dass die Betonung von Selbstbestimmung und Selbstorganisation „von unten“ auch eine Konsequenz der emanzipatorisch intendierten Kritik des paternalistischen bürokratischen Sozialstaats (Stövesand 2007) bzw. eines ‚juristisch-administrativ-therapeutischen Staatsapparats‘ (Fraser 1994) darstellt, nichtsdestoweniger korrespondiert die bürgergesellschaftliche Sozialstaatskritik auch mit konservativen Forderungen nach einer Rückverlagerung von Verantwortung in lebensweltliche, private Kontexte. Auch wenn kaum eine VertreterIn der Gemeinwesenarbeit dieser konservativen Richtung unmittelbar zuzuordnen ist, passt diese Perspektive zu der gemeinwesenarbeiterischen Prämisse, dass BürgerInnen „ohne staatliches Eingreifen klarkommen [sollen], und zwar dadurch, dass sie sich gegenseitig unterstützen“ (Friese u. Jensen 1989: 162). Vor diesem Hintergrund fordern aus einer ‚neoliberalen‘ Perspektive unverdächtige TheoretikerInnen der Sozialen Arbeit eine auf zivilgesellschaftliche Strukturen ausgerichtete Erweiterung der „dem Sozialstaatsdenken verhafteten“ Sozialen Arbeit. Im Sinne einer Wiederentdeckung von „verloren geglaubten gesellschaftlichen Humanressourcen“ wird Soziale Arbeit dabei zu einer „gemeinschaftsbetonende[n] Vorgehensweise“ aufgefordert (Hirschler u. Homfeldt 2006: 51). Dabei wird eine Neuorientierung gefordert, die sich durch eine „konsequente Ausrichtung auf die Förderung von Eigeninitiative, Selbsthilfe und subsidiärem Beistand“ (SPI/DJI 2002: 30) auszeichnet, vom „Defizit- und Opferdenken Abstand nimmt und die Menschen in den benachteiligten Stadtteilen (...) als fähig begreift, sich für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren und für diese einzusetzen“ (Lutz 2004: 9).

Ähnlich wie Claus Offe (1979) „Strukturähnlichkeiten“ zwischen der „linken“ Kritik am disziplinierenden Wohlfahrtsstaat und der neo-konservativen Diagnose von „Unregierbarkeit“ ausmachte, scheinen gemeinwesenarbeiterische Prämissen eine ironische oder zumindest erstaunliche Konvergenz mit bestimmten Strategien der Politik der „Neue Rechten“ aufzuweisen, die seit den 1980er Jahren das Bild der WohlfahrtsempfängerInnen als „aktive GestalterInnen des eigenen Lebens“ bediente und „landauf landab mit der Behauptung hausieren ging [... dass] Kürzungen der Sozialhilfe (...) den Armen zu mehr Selbstständigkeit verhelfen“ würde (Stern 1999: 12). Die Konjunktur der Gemeinwesenarbeit könnte also nicht zuletzt darin liegen, dass sie letztlich durchaus zu generellen Prämissen und Philosophien der gegenwärtigen Sozialstaatsreform passt.

Eine solche Konvergenz sagt natürlich nichts über die Qualität und Angemessenheit der Gemeinwesenarbeit als solche aus. Eine Perspektive wird nicht dadurch „konservativ“, dass sie Schnittflächen mit den Perspektiven und Positionen der Konservativen aufweist.

Um der Frage nachzugehen, wie die Konjunktur der Gemeinwesenarbeit oder, genauer, gemeinwesenarbeiterische Prämissen und Strategien zu bewerten ist, erscheint es sinnvoll herauszuarbeiten, worin sich gemeinwesenarbeiterische Strategien von anderen Vorgehensweisen der Sozialen Arbeit unterscheiden.

## 2 Was ist das Spezifische an der Gemeinwesenarbeit?

Eine trennscharfe Unterscheidung von gemeinwesenorientierten und anderen sozialarbeiterischen Handlungsansätzen zu ziehen erweist sich als schwieriges Unterfangen. Die diversen professionellen Selbstverständnisse in der Gemeinwesenarbeit finden sich auch im Kontext anderer Ansätze. Auch Prinzipien der Netzwerkarbeit und Kategorien wie „Empowerment“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Aktivierung“ sind nicht auf die Gemeinwesenarbeit beschränkt. Auf der konzeptionellen Ebene, scheint das Spezifische der Gemeinwesenarbeit vor allem in der Konstruktion dessen zu bestehen, was „der Fall“ ist. Dieser besondere „Fallbezug“ hat wenig damit zu tun, dass die in der Tat kritisierbare „reaktiv-kompensatorisch[e] Einzelfallorientierung“ (Müller u.a. 1983: 143) eine atomistische, soziale Problemlagen individualisierende Ausrichtung hätte, die durch die Gemeinwesenarbeit überwunden würde. Tatsächlich findet sich kaum eine professionelle, sozialarbeiterisch fundierte Form der Einzelfallhilfe, zu deren methodischen Prämissen es gehören würde, die sozialen Kontexte, in die ihre KlientInnen eingebunden sind, nicht zu berücksichtigen. Wie Idit Weiss-Gal nachzeichnet, ist eine der wenigen Fall- und Problemdeutungen, die in verschiedensten internationalen Kontexten und Wohlfahrtsregimes als gemeinsame Perspektive der Sozialen Arbeit rekonstruiert werden kann, die „person in environment perspective“ (Weiss 2003; Weiss-Gal u.a. 2008): Die Soziale Arbeit versteht sich offensichtlich als eine Profession, die ihre KlientInnen in ihren lebensweltlichen Bezügen adressiert.

Das Spezifikum der Gemeinwesenarbeit liegt also nicht in der Berücksichtigung der sozialen Kontexte ihrer KlientInnen. Mit der Frage des Individualismus bzw. des Subjektbezugs scheint das, was die Gemeinwesenarbeit auszeichnet, dennoch zu tun zu haben. Folgt man einer häufig zitierten Definition von Dieter Oelschlägel, dann ist Gemeinwesenarbeit eine „sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben“ (Oelschlägel 2001: 653).

Diese Perspektive teilt die Gemeinwesenarbeit mit der sogenannten Sozialraumorientierung. Gleich ob man nun von Gemeinwesenarbeit, Sozialraumorientierung oder Quartiersmanagement spricht, bleibt die zentrale Pointe dieselbe: Die AdressatIn dieser sozialarbeiterischen Strategien ist nicht die einzelne „hilfebedürftige“ AkteurIn, sondern eine territoriale Einheit – ein Stadtteil, ein Kiez oder ein Quartier.

In dieser Hinsicht besteht der entscheidende Unterschied zwischen der sozialräumlich orientierten Gemeinwesenarbeit und der „subjektorientierten“ Einzelfallhilfe nicht darin, dass die Einzelfallhilfe in der Fallkonstruktion und in der Erklärung jener Problemlagen, Ungleichheiten oder Formen von Leid, die sie bearbeitet „methodologisch individualistisch“ wäre und die Gemeinwesenarbeit nicht. Betrachtet man die gegenwärtigen Debatten im Kontext sozialräumlich orientierter Ansätze – von den Aktivierungsdiskursen ganz zu schweigen – finden sich durchaus Problemdeutungs-

muster, die nahezu prototypisch den Prämissen des methodologischen Individualismus entsprechen, nämlich Beschreibungen und Erklärungen von – in der Regel problematisierten – sozialen Situationen und Prozessen, die Ausgangspunkt im Handeln der einzelnen, an diesen Prozessen beteiligten Personen finden.

Nicht-individualistisch ist die Gemeinwesenarbeit demgegenüber vor allem in *normativer* Hinsicht. Die Pointe des sogenannten ethischen Individualismus besteht darin, dem einzelnen Individuum den moralisch-politischen Vorrang vor den Ansprüchen und Forderungen der Gemeinschaft als solcher einzuräumen. Nicht Nationen oder Gemeinschaften, sondern „every human being has a global stature as an ultimate unit of moral concern“ (Pogge 2002: 169). Demgegenüber scheint in der sozialräumlich orientierten Gemeinwesenarbeit, ein Stadtteil bzw. die BewohnerInnen eines bestimmten Gebiets, die „unit of moral and political concern“ darzustellen.

Es ist keinesfalls zu bestreiten, dass in der Praxis der Gemeinwesenarbeit auch im Interesse von einzelnen konkreten Individuen gearbeitet wird. Konzeptionell zeichnet sich die Gemeinwesenarbeit im Kontext der sozial-räumlichen Neuausrichtung aber gerade dadurch aus, sich nicht auf einzelne Personen, sondern „ganzheitlich auf den Stadtteil“ zu richten. Präzisiert wird diese Position durch die Konzeptionen von Wolfgang Hinte und seinen MitarbeiterInnen, die für eine Gesamtsicht auf die Probleme im Stadtteil plädieren, die sich gerade dadurch auszeichnet, nicht ziel- oder problemgruppenspezifisch, sondern zielgruppenübergreifend zu sein: Das Feld und nicht der Fall soll bearbeitet werden, „der Einzelfall [soll] seine zentrale Bedeutung zugunsten des ihn tragenden sozialen Raums“ (Hinte 2004: 58) verlieren.

Damit legt die sozialräumliche Orientierung letztlich auch eine veränderte Zielorientierung der Sozialen Arbeit nahe. Selbst wenn nicht zu bestreiten ist, dass „Verbesserungen“ in einem Stadtteil der Lebenssituation der BewohnerInnen dieses Stadtteils zu Gute kommen *können*, ist die Stabilisierung eines „Sozialraums“ – gemeint ist in der Regel ein „benachteiligter Stadtteil“ – logisch und empirisch etwas anderes, als soziale Ungleichheit abzubauen oder Handlungschancen für „benachteiligte Menschen“ zu eröffnen (Cheshire 2007; Landhäußer 2009). Anders formuliert spricht viel dafür, dass gebietsbezogene Ansätze zwar für gebietsbezogene Probleme angemessen scheinen, nicht aber für die Mehrzahl der Problemlagen individueller KlientInnen Sozialer Arbeit.

Diese These steht im deutlichen Kontrast zu zentralen Behauptungen, die zur Legitimation sozialräumlicher Konzepte und Programme herangezogen werden. Behauptet wird, dass gemeinwesenorientierte, sozialräumliche Strategien besonders geeignet wären, um sozialen Problemlagen der BewohnerInnen zu begegnen. Sie könnten „das Entstehen oder die Verfestigung von Belastungen und Benachteiligungen (...) verhindern, die aus einer spezifischen Stadtstruktur resultieren, aus einem gebietlichen Substandard, der mit Verwahrlosung, Stigmatisierung und Unsicherheit gekoppelt ist“ (Becker u. Öhr 2000: 25).

Die Notwendigkeit verstärkter sozialräumlicher Neuausrichtungen wird dabei nicht zuletzt mit einer (tatsächlichen oder vermeintlichen) Zunahme sozial-räumlicher Spaltungs- und Segregationsprozesse begründet. Marginalisierte, „sozial entkoppelte“

Bevölkerungsgruppen würden sich in spezifischen kleinräumigen Arealen (Stadtteilen, Quartieren, Nachbarschaften oder Straßenzügen) wieder finden, die durch die Kumulierung sozialer Ungleichheitsfaktoren gekennzeichnet seien. Diese Sozialräume drohen zu ‚ghettoartigen‘ Milieus der Armut zu werden. Es entstünden „Kolonien der Ausgeschlossenen“ (Herriger 2006: 67) in ‚sozialen Brennpunkten‘.

Bei diesen und anderen Diagnosen erscheint die räumliche Konzentration von Armut und Marginalisierung als ein eigenständiges Problem. Eine zentrale These lautet, dass die lokale Konzentration von problembelasteten BewohnerInnen zu besonderen Konstellationen an sozialen Netzwerken dieser BewohnerInnen führe. Sie würden nur mit anderen Menschen in ähnlicher Situation zusammenfinden. Eine verbreitete Variante dieser These verknüpft die Annahme einer Konzentration defizitärer Netzwerke mit der kulturalistisch-pejorativen Diagnose der Entstehung einer ‚neuen Unterschicht‘: „Kinder und Jugendliche [in ‚sozialen Brennpunkten‘] entwickeln eine ‚abweichende Kultur‘, da sie in einem Umfeld mit nur wenigen positiven Vorbildern und Repräsentanten eines ‚normalen‘ Lebens den Sinn von Schule, Ausbildung und Beruf nicht mehr ausreichend vermittelt bekommen, im Gegenteil: es erfolgt ein ‚negatives soziales Lernen‘“ (Becker u.a. 2003: 11).

Sofern diese Diagnose zuträfe, könnte eine sozialräumlich orientierte Arbeit, die sich vor allem auf die „Verbesserung“ des Stadtteils richtet, durchaus Sinn machen. Die Fragen, die sich an diese Diagnose anschließen, sind daher zunächst empirischer Natur: Gibt es die unterstellten Ortseffekte, die unabhängig von bzw. über soziale ‚Lageeffekte‘ hinaus wirksam sind? Würde es von Armut Betroffenen wirklich besser gehen, wenn sie in den „ordentlichen“ Stadtteilen der Mittelschicht leben würden? Wenn sie sich nicht in „Brennpunkten“ konzentrieren würden, sondern in homöopathischen Dosen über die Stadt verteilt wären?

Daran anschließend und unmittelbar an sozialräumliche Ansätze gerichtet, lauten die Fragen, ob das Leben in benachteiligten Stadtteilen tatsächlich ein guter Indikator für marginalisierte Lebenssituationen sind und ob ein Fokus auf die Probleme „des Stadtteils“ eine überzeugende Möglichkeit bietet, die am stärksten Belasteten zu unterstützen.

### **3 Führt das Leben in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ zu zusätzlichen Belastungen ‚benachteiligter Menschen‘?**

Die Frage nach den Ortseffekten ist empirisch in vielerlei Hinsicht untersucht worden. Mit Blick auf einzelne Problemlagen kommen manche Studien in der Tat zu dem Ergebnis von ortsspezifischen Wirkungen. Moderate Ortseffekte finden sich etwa in kriminologischen Studien (Oberwittler u.a. 2011; Sampson u.a. 2002). In Studien zu Armut und sozialer Benachteiligung sind robuste Nachweise von Ortseffekten allerdings seltener zu finden. Im US-amerikanischen Kontext konnte eine quasi-experimentelle Feldstudie mit 4.600 Familien im Kontext der Evaluation des Programms „Moving to Opportunity for

Fair Housing Demonstration Program“ zwar durchaus Gebieteffekte mit Blick auf Viktimisierungen durch Devianz und unterschiedliche Aspekte psychischer Gesundheit nachweisen. Effekte mit Blick auf Beschäftigung, Einkommen und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen fanden sich jedoch nicht (Goering u.a. 2002). In methodisch annähernd vergleichbaren Studien europäischer Städte fielen die Effekte insgesamt in allen Bereichen noch geringer aus oder zeigten sich gar nicht (Bolster u.a. 2007). Eine Untersuchung von Andreas Farwick (2000) zu den Auswirkungen räumlicher Segregation auf den Sozialhilfebezug gehört zu den wenigen Studien, die in einer methodisch zulässigen Weise Gebieteffekte ausmachen. Farwick argumentiert vergleichsweise vorsichtig, wenn er auf eine „mehrdimensionale Benachteiligung der Armutsbevölkerung“ verweist, „zu der möglicherweise auch ein Effekt des Wohnumfelds zu rechnen ist“ (Farwick 2000: 131). Als wesentlichen erklärenden Faktor für eine gebietsspezifisch unterschiedliche Sozialhilfebezugsdauer führt Farwick vor allem Stigmatisierungen (Farwick 2000: 171) und d.h. raumbezogene Effekte auf der symbolischen Ebene an.

Dass das Leben in einem als „Brennpunkt“ markierten Gebiet solche stigmatisierenden Wirkungen haben kann, ist plausibel. Allerdings stellt sich die Frage, ob sozialräumliche Ansätze, wenn sie z.B. städtische Areale als „Problemgebiete“ markieren, zu einer Ent-Stigmatisierung beitragen oder eher das Gegenteil bewirken. Über solche Stigmatisierungseffekte hinaus sind die Hinweise auf Ortseffekte eher beschränkt. Jürgen Friedrichs resümiert den State of the Art der entsprechenden internationalen Forschungen wie folgt: „The general evidence presented on neighbourhood effects indicates low or negligible effects; most context effects can be explained by either individual or institutional effects“ (Friedrichs 1998: 93). Tatsächlich nennenswerte Gebieteffekte zeigen sich in der Regel nur in Studien, die es versäumen, gebietsunabhängige individuelle Charakteristika oder institutionelle Einflüsse methodisch angemessen zu kontrollieren (McCulloch 2001). Es spricht viel für eine möglicherweise banale, aber offensichtlich richtige Einsicht, die Ton van der Pennen (1999: 83) wie folgt formuliert hat: Menschen sind „nicht arbeitslos oder arm, weil sie in einem bestimmten Stadtviertel leben, sondern leben in einem bestimmten Stadtviertel, weil sie arbeitslos und arm sind. Wenn diese Bürger in ein anderes, ‚besseres‘ Viertel umziehen würden, wären sie immer noch arbeitslos und arm“.

In einer eigenen Untersuchung zu 293 Alleinerziehenden und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren im ALG II Bezug (Ziegler u.a. 2010) hat sich genau dieser Befund gezeigt. Eine Untersuchungsgruppe von etwa 60% der Befragten waren BewohnerInnen eines benachteiligten statistischen Bezirks, eine Vergleichsgruppe von 40% der Befragten waren BewohnerInnen eines ‚nicht-benachteiligten‘ statistischen Bezirks. Nach Kontrolle nicht ortsrelevanter Merkmale fanden sich keinerlei statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Wohnort und wesentlichen Dimensionen wie ‚positives Selbstbild‘, ‚subjektives Wohlergehen‘, ‚Selbstwirksamkeit‘, ‚Dauer der Arbeitslosigkeit‘, ‚subjektive Exklusionserfahrung‘, Problemlagen der Kinder etc. Bemerkenswert war, dass die Versorgung mit erreichbarer und als angemessen empfundener institutioneller Infrastruktur in ‚benachteiligten Gebieten‘ besser bewert-

tet wurde und die Kontakte zu Nachbarn häufiger waren als in ‚nicht-benachteiligten‘ Gebieten. Überspitzt könnte sich an diese Befunde die Frage anschließen, ob diese spezifische Gruppe möglicherweise gerade dann zusätzlich benachteiligt wird, wenn sie nicht in einem ‚benachteiligten Gebiet‘ lebt.

Ein wesentlicher Mechanismus der herangezogen wird, um zu erklären, inwiefern ein ‚benachteiligter Sozialraum‘ benachteiligend wirkt, sind die Netzwerkstrukturen der BewohnerInnen. Die Wirkung des Konzentrationseffekts bestehe darin, dass die BewohnerInnen in benachteiligten Stadtteilen Netzwerke mit anderen marginalisierten AkteurInnen hätten. Dieses mangelnde bzw. ‚negative soziale Kapital‘ sei ein eigenständiger benachteiligender Einfluss, der soziale Abwärtsspiralen in Gang setze. In einem DFG geförderten Forschungsprojekt zu sozialem Kapital in benachteiligten Gebieten wurde u.a. dieser Zusammenhang geprüft (dazu umfassend Landhäußer 2009). Zuerst wurde die These der Netzwerkkonzentration im Stadtteil geprüft. Dabei zeigte sich in der Tat, dass sozial deprivierte AkteurInnen und (tendenziell) auch Menschen mit Migrationshintergrund relativ viele Freunde und Bekannte haben, die in ihren Stadtteilen bzw. Nachbarschaften leben. Nur gilt dieser Befund unabhängig von den Quartieren und Gebieten in denen die Menschen leben. D.h. deprivierte AkteurInnen, die in einem ‚nicht-benachteiligten Gebiet‘ leben, wiesen ebenso sehr eine Netzwerkkonzentration im Nahraum auf, wie deprivierte AkteurInnen, die in einem ‚benachteiligten Gebiet‘ leben. Ein ‚Gebietseffekt‘ mit Blick auf die räumliche Netzwerkkonzentration von deprivierten AkteurInnen fand sich indes nicht – wenn überhaupt dann scheinen Gebiete Auswirkungen auf die Netzwerke von vergleichsweise privilegierten AkteurInnen zu haben.

Darüber hinaus wurde das aus der Netzwerkforschung bekannte Instrument des ‚Positionsgenerators‘ eingesetzt. Dabei wird den Befragten eine Liste unterschiedlicher Berufe vorgelegt. Die Befragten sollen angeben, ob sie persönlich mit Menschen bekannt sind, die diese Berufe haben. Den Berufen werden auf Basis des International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) metrische Berufsprestigewerte zugewiesen. Eine HilfsarbeiterIn in der Fertigung hat z.B. einen ISEI Wert von 20, eine SekretärIn einen ISEI Wert von 51, eine RichterIn einen ISEI Wert von 85 usw. Mit dem ‚Positionsgenerator‘ kann erhoben werden, in welchem Ausmaß die Befragten Zugang zu Menschen mit bestimmten Sozialstatuspositionen haben. Auch diesbezüglich zeigte sich bei der Kontrolle von Geschlecht, Migrationshintergrund und eigener Klassenposition weder mit Blick auf die Menge noch auf die Bandbreite der Bekannten mit unterschiedlichen Berufspositionen, noch hinsichtlich der Durchschnittshöhe des ISEI Wertes ein Zusammenhang mit dem Ort, an dem die Befragten leben. Was sich allerdings zeigte war ein hoher gebietsunspezifischer Zusammenhang von  $r = .528$  zwischen der eigenen Klassenlage und dem Sozialstatus von Freunden, Bekannten und Verwandten im Netzwerk. Analysen auf der Basis einer Reihe weiterer netzwerkanalytischer Instrumente – etwa dem sogenannten Ressourcengenerator, der nicht die bloße Existenz von Netzwerken, sondern das Ausmaß der darüber mobilisierbaren Ressourcen erfasst

– zeigen stets das gleiche Bild: Bei einer Kontrolle der eigenen sozialen Klassenlagen fand sich praktisch kein ‚Gebietseffekt‘.

Die Struktur der Netzwerke der AkteurInnen sind demnach weitgehend unabhängig von stadtteilspezifischen Verortungen. Anders formuliert: Es spricht viel dafür, dass aus der sozialräumlichen Perspektive Ungleichheits- bzw. ‚Klasseneffekte‘ irrigerweise als ‚Raum-‘ oder ‚Gebietseffekte‘ in den Blick genommen werden.

Dieser Irrtum wäre praktisch gar nicht sonderlich relevant, wenn man mit einem Fokus auf ‚benachteiligte Gebiete‘ zugleich auch deprivierte AkteurInnen in den Blick nehmen würde. Dies wäre der Fall, wenn es tatsächlich zutreffen würde, dass ‚benachteiligte Stadtteile‘ von ‚Kolonien der Ausgeschlossenen‘ bevölkert werden. Für einige Gebiete in US-amerikanischen Großstädten finden sich Hinweise, die diese These zumindest ansatzweise zu bestätigen scheinen. Für Westeuropa ist die Haltbarkeit dieser Annahme jedoch mehr als zweifelhaft. Peter Townsend (1979) hat die Situation in Großbritannien sehr treffend formuliert: „However we care to define economically or socially deprived areas, unless we target less than 5% of all areas, more than half of the people contained in them – close to three quarters – will not be deprived“.

Entsprechend pessimistisch fällt eine umfassende Wirkungsstudie von Rebecca Tunstall und Ruth Lupton zu sozialräumlich orientierten Maßnahmen zur Reduktion von Armut und Deprivation in Großbritannien aus: „All of the measures we looked at“, so heißt es resümierend „are relatively inefficient“. Mehr noch „if the interventions benefit large groups of people or everyone in the area (...) then our evidence on the spatial patterning of low-income individuals shows that even in the most deprived areas, a great many more non-poor than poor will benefit“ (Tunstall u. Lupton 2003: 26-27).

Sofern diese Befunde, nämlich, dass es einen gehörigen Unterschied zwischen „benachteiligten Menschen“ und „benachteiligten Gebieten“ gibt und dass von zielgruppenübergreifenden Maßnahmen in benachteiligten Gebieten vor allem „nicht-benachteiligte Menschen“ profitieren, auch für Deutschland zutreffen, dann hat die sozialräumliche Sicht ein offensichtliches Problem – zumindest wenn es ihr darum geht, „benachteiligte Menschen“ effektiv zu unterstützen.

Tatsächlich sprechen nahezu sämtliche seriösen Untersuchungen dafür, dass auch sogenannte ‚soziale Brennpunkte‘ Viertel sind, „in denen die jeweils meisten Bewohner eher der Mittelschicht als benachteiligten oder Problemgruppen zugerechnet werden können“ (Bien 2003: 25). In den ärmsten Gebieten in bundesdeutschen Großstädten ist der Anteil an Arbeitslosen etwa 1,5 mal so hoch (in Berlin Neukölln liegt er bei ca. 18%) und der Anteil an Harzt IV- oder SozialhilfeempfängerInnen etwa doppelt so hoch, wie im Durchschnitt der betreffenden Stadt. Es gibt also keinen Zweifel an der Existenz des Phänomens einer räumlichen Konzentration von Armut und Benachteiligung. Aber eine Gleichsetzung von ‚benachteiligten Gebieten‘ mit ‚benachteiligten Menschen‘ scheint dennoch irreführend. Dies gilt, zumal auch umgekehrt die absolute Mehrheit der ‚benachteiligten Menschen‘ nicht in, sondern außerhalb ‚benachteiligter Gebiete‘ wohnt. Sofern Armut und Marginalität demnach vor allem in sogenannten ‚Brenn-

punkten' bearbeitet wird, gerät der größte Teil von Deprivations- und Unterdrückungsverhältnissen aus dem Blick.

Ein weiteres Problem der Verschiebung der Perspektive von den AkteurInnen auf den Stadtteil besteht in der Gefahr einer territorialen Homogenisierung von Problemlagen. Diese kann nicht nur stigmatisierend wirken, sondern sie findet auch keine Korrespondenz in der Wirklichkeit. Wie Berthold Vogel (2003: 205) nachzeichnet, ist gerade „nicht die Homogenität sozialen Elends das Kennzeichen ‚benachteiligter‘ oder ‚problembeladener‘ Stadtquartiere, sondern [wenn überhaupt] die Heterogenität der Lebensweisen marginalisierter Stadtbewohner“. Diese Heterogenität wird nahezu zwangsläufig ausgeblendet, wenn sich der Blick auf ‚die Probleme‘ ‚des Stadtteils‘ richtet. Mit dieser Heterogenität ist typischerweise verbunden, dass man ‚die Interessen‘ ‚der BewohnerInnen‘ kaum finden wird. Sofern Stadtteile keine homogenen Gemeinschaften, sondern heterogene und teilweise konfliktuöse Ensembles sind, gibt es zwar durchaus die Möglichkeit, die Arbeit am Gesamtnutzen von Maßnahmen für die jeweiligen territorialen Einheiten auszurichten, fraglich ist jedoch, ob eine solche Ausrichtung sonderlich klug wäre. Nimmt man eine solche Ausrichtung konsequent ernst, mündet sie unter gegenwärtigen Bedingungen rasch in einen Durchschnittsnutzenutilitarismus, der einer progressiven Sozialen Arbeit kaum gut zu Gesichte steht. Eine Orientierung am optimalen Durchschnittsnutzen muss sich unter anderem das von Micha Brumlik (2004: 242) vorgebrachte Argument gefallen lassen, zwar „ein hohes Sensibilisierungspotential gegenüber unterschiedlichen Formen von Leiden“ aufzuweisen, jedoch über „kein vernünftiges Kriterium [zu] verfügen, das individuelles Leiden – auch einer erheblichen Anzahl von Menschen – verbietet, sofern es einer noch größeren Anzahl von Menschen zuträglich ist und damit den Gesamtnutzen einer gegebenen Population hebt“.

Damit ist nicht gesagt, dass die Praxis der Gemeinwesenarbeit auf eine solche Konstellation hinausläuft. Auf der konzeptionellen Ebene droht eine Ausrichtung der Arbeit am Gesamtnutzen eines territorial bestimmten kollektiven Gesamtadressaten ‚Stadtteil‘ jedoch durchaus in diese Richtung zu weisen. Praktisch besteht die Gefahr einer Ausrichtung auf die Probleme des Stadtteils vor allem in der Tendenz zur ‚Über-Aggregation‘, die dazu führen kann, dass Probleme von Minderheiten, die für den Gesamtstadtteil eher wenig relevant sind, in den Hintergrund rücken. Diese Gefahr wird durch die Tendenz verstärkt, dass in der Regel gerade nicht die schwächsten Gruppen bestimmen, wer oder was die Probleme des Stadtteils sind. Wie Sandra Walklate (2001: 65) nachgezeichnet hat, mündet die – empirisch schlicht falsche – Unterstellung „that all members of a community will share the same concerns and will want to respond the same concerns“ (Walklate 2001: 65) schnell in eine Konzentration auf die Bedürfnisse und Forderungen der im Sozialraum je potentesten, beteiligungsdominanten und durchsetzungsmächtigsten BewohnerInnen.

Diese Gefahr mag es nun nicht nur in der sozialräumlich orientierten Gemeinwesenarbeit geben. Aber sie wird genau dann relevant, wenn der ethische Individualismus zugunsten kommunitaristischer Perspektiven zurückgedrängt wird, die Gerechtigkeitsnormen aus den ethischen Sinnwelten, gelebten Traditionen und moralischen

Richtlinien realer Gemeinschaften ableiten. Ausgangsbasis der „Prinzipien sozialer Gerechtigkeit“, so betonen etwa Wolfgang Früchtel u.a. (2007: 161) aus einer sozial-räumlich orientierten Perspektive, seien „die im sozialen Raum ‚vorgefundenen‘ lebensweltlichen Prinzipien und Praktiken“. Dies ist die genaue Umkehrung einer individualistischen Professionsethik, die betont, dass die Rechte und Lebensaussichten jedes und jeder Einzelnen den „Vorrang vor den bloß traditional bewährten Werten des Gemeinschaftslebens“ haben müssen (Brunkhorst u. Otto 1989: 372).

#### 4 Was bleibt?

Aus der Tatsache, dass sich Problemlagen möglicherweise räumlich ballen, kann nicht geschlossen werden, dass ein spezifischer Stadtteil der zentrale Grund für die Entstehung dieser Probleme oder eine angemessene Ebene der Bearbeitung dieser Probleme sei. Die Armutforscher Brian Nolan und Christopher Whelan (2000: 19) heben in diesem Zusammenhang hervor, dass es völlig irrig sei, von lokalen sozialräumlichen Initiativen einen substanziellen Beitrag zur Lösung von Problemen wie Armut, Deprivation und Subdominanz zu erwarten, deren Zusammenhänge und Ursache eben nicht im Lokalen, sondern in nationalen oder gar internationalen Strukturen, Institutionen und Politiken zu suchen sind. Die Tatsache, so führen sie aus, dass „location is not itself an independent factor clearly implies that (...) area-based intervention cannot be the cardinal means of dealing with poverty (...). A failure to acknowledge the limits of what can be achieved by area-based initiatives is likely to be counterproductive in that it is likely to encourage entirely inappropriate forms of evaluation that fail to distinguish between outcomes within and outside the control of local agents“.

Der Beitrag, den die Soziale Arbeit mit Blick auf Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten leisten kann, dürfte generell darin bestehen, die Entfaltungsmöglichkeiten bzw. Verwirklichungschancen ihrer KlientInnen zu erhöhen (Otto u. Ziegler 2010). Dies erfordert, nach den Bedingungsmöglichkeiten zu fragen, die Menschen in die Lage versetzen, sich für die Führung eines Lebens entscheiden zu können, das sie mit guten Gründen wertschätzen.

Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, dass ein Teil dieser Bedingungsmöglichkeiten im lokalen Nahraum der KlientInnen der Sozialen Arbeit liegen kann. Es macht aber wenig Sinn, sich programmatisch und generell auf Strategien festzulegen, die die kleinräumigen Grenzen des Stadtteils fixieren (Landhäußer u.a. 2006).

Generell scheinen sozialräumliche, gemeinwesenarbeitsorientierte Strategien nur bedingt tauglich, wenn es um die Lösung sozio-ökonomischer Probleme oder damit verbundene Lebensführungsprobleme geht. Sie können aber – und das ist ambitioniert genug – unter Umständen dazu beitragen „soziale Beziehungen zu verbessern und sozio-kulturelle Spannungen zu beruhigen“ (Duyvendak 2004: 165). Sie können sinnvoll sein, wenn es um die Bearbeitung von Problemen geht, die tatsächlich sozialräumlich bezogen sind. Das sind etwa lokale ‚incivilities‘, Erfahrungen von Unsicherheit und

Formen von gegenseitigem Misstrauen, die sich in der Tat in den spezifischen Beziehungen von Menschen an einem spezifischen Ort niederschlagen und kollektive Folgen nach sich ziehen können, die die Lebensqualität ‚der BewohnerInnen des Sozialraums‘ beeinträchtigen. Wenn es darum geht, dass die „Qualität der sozialen Beziehungen einen bestimmten Minimalstandard erreicht“, dass die Menschen vor Ort „miteinander auskommen“ (Duyvendak 2004: 165), können gemeinwesenorientierte Strategien sinnvoll und angemessen sein. Dabei stellen sie Strategien dar, die auch im Repertoire ‚subjektorientierter‘ SozialarbeiterInnen sein sollten.

Insgesamt scheint eine Orientierung an dem Sozialraum jedoch schneller in Widersprüche und argumentationslogische Probleme zu geraten als subjektorientierte „people-targeted policies“. Dass sozialräumliche Konstellationen auch für subjektorientierte Strategien relevant sind, liegt nichtsdestoweniger auf der Hand: „It is in the poorest neighbourhoods that those who most need the help of people-targeted policies tend to be concentrated“ (Cheshire 2007: 36). Diesbezüglich kann ein sozialraumsensibler Blick durchaus zielführend für die Identifizierung der Bedarfe der KlientInnen Sozialer Arbeit und für eine angemessene professionelle, subjektorientierte Erbringung von Leistungen sein. Strategien einer gemeinwesenarbeiterischen Praxis sind insofern ein durchaus wichtiges methodisches wie politisches Element einer subjektorientierten Praxis – der Fokus auf ein räumliches Areal als bürgergesellschaftliches Aktivierungsfeld oder gar als eigentlicher ‚Adressat‘ Sozialer Arbeit ist es jedoch nicht.



## Literatur

- Becker, H. u.a. (2003): Das Programm Soziale Stadt: von der traditionellen Stadterneuerung zur integrativen Stadtteilentwicklung. In: DIfU (Hrsg.): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven. Berlin
- Becker, H. u. Löhr, R.-P. (2000): Soziale Stadt – Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: aus Politik und Zeitgeschichte, 10/11: 13-21
- Bolster, A. u.a. (2007): Neighbourhoods, Households and Income Dynamics: A semiparametric investigation of Neighbourhood Effects. In: Journal of Economic Geography, 9: 365-386
- Brännström, L. (2004): Poor Places, Poor Prospects? Counterfactual Models of Neighbourhood Effects on Social Exclusion in Stockholm, Sweden. In: Urban Studies, 13: 2515-2537
- Brumlik, M. (2004): Advokatorische Ethik, Zur Legimitation pädagogischer Eingriffe. Berlin u. Wien
- Brunkhorst, H. u. Otto, H.-U. (1989): Soziale Arbeit als gerechte Praxis. In: neue praxis, 5: 372-374
- Cheshire, P. (2007): Segregated Neighborhoods and mixed communities: a critical analysis. Report for the Joseph Rowntree Foundation. York
- Dahme, H.J. u. Wohlfahrt, N. (Hrsg.) (2005): Aktivierende Soziale Arbeit. Baltmannsweiler
- Duyvendak, J. W. (2004): Spacing Social Work? Möglichkeiten und Grenzen des Quartiersansatzes. In: Kessl, F. u. Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden

- Evers, A. (2008). Investiv und aktivierend oder ökonomistisch und bevormundend? Zur Auseinandersetzung mit einer neuen Generation von Sozialpolitiken. In: Evers, A. u. Heinze, R. (Hrsg.), *Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung*. Wiesbaden
- Farwick, A. (2000): *Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*. Opladen
- Fraser, N. (1994): *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, Frankfurt a.M
- Friedrichs, J. (1998): Do Poor Neighbourhoods Make their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighbourhoods on Residents. In Andreß, H.-J. (Hrsg.): *Empirical Poverty Research in Comparative Perspective*. Aldershot
- Friese, P. u. Jensen, K. (1989): Die gesellschaftliche Funktion von Milieuarbeit. In: Ebbe, K. u. Friese, P. (Hrsg.): *Milieuarbeit: Grundlage präventiver Sozialarbeit im lokalen Gemeinwesen*. Stuttgart
- Früchtel, F. u.a. (2007): *Sozialer Raum und Soziale Arbeit: Textbook: theoretische Grundlagen*. Wiesbaden
- Galuske, M. (1999): *Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Weinheim
- Goering, J. u.a. (2002): A Cross-Site Analysis of Initial Moving to Opportunity Demonstration Results. In: *Journal of Housing Research*, 13, 1: 1-30
- Hanesch, W. (2001): Armut und Integration in den Kommunen. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 40, 1: 27-47
- Heffron, J. (2000): Beyond community and society: The externalities of social capital building. In: *Policy Sciences*, 33: 477-494
- Herriger, N. (2006): *Sozialräumliche Arbeit und Empowerment. Plädoyer für eine Ressourcenperspektive*. In: Deinet, U. u.a. (Hrsg.): *Neue Perspektiven der Sozialraumorientierung. Planung – Aneignung – Gestaltung*. Berlin
- Hinte, W. (2004): *Sozialraumorientierung, Budgets und die Praxis integrierter Erziehungshilfen*. In: Peters, F. u. Koch, J. (Hrsg.): *Integrierte erzieherische Hilfen. Flexibilität, Integration und Sozialraumbezug in der Jugendhilfe*. Weinheim u. Basel
- Hirschler, S. u. Homfeldt, H. G. (2006): *Agency und Soziale Arbeit*. In: Schweppe, C. u. Sting, S. (Hrsg.): *Sozialpädagogik im Übergang*. Weinheim
- Kessl, F. (2002): *Aufmachen, nicht Einschließen! Anmerkungen zur aktuellen Konjunktur der Nahraumorientierung*. In: Landesjugendamt Westfalen-Lippe (Hrsg.): *Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe*. Münster
- Landhäußer, S. 2009: *Communityorientierung in der Sozialen Arbeit. Die Aktivierung von sozialem Kapital*. Wiesbaden
- Landhäußer, S. u.a. (2006): *Informelles Lernen in benachteiligten Stadtteilen*. In: Regiestelle E&C (Hrsg.): *Orte der Bildung im Stadtteil*. Berlin
- Lutz, R. (2004): *Ethik und menschliche Entwicklung. Vorlesung im Kontext der Reihe „Ethik in der Krise – Ethik für die Krise“ in Erfurt, 11. Mai 2004*. [www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3484/lutz.pdf](http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3484/lutz.pdf)
- McCulloch, A. (2001): 'Reply: Ward-level deprivation and individual social and economic outcomes in the British Household Panel Study. In: *Environment and Planning A*, 33: 1365-1369
- Müller, S. u a. (1983): *Kommunale Sozialarbeitspolitik*. In: Peters, F. (Hrsg.): *Gemeinwesenarbeit im Kontext lokaler Sozialpolitik*
- Nolan, B. u. Whelan, C. (2000): Urban housing and the role of 'underclass' processes: the case of Ireland. In: *Journal of European Social Policy* 2000, 10: 5-21

- Nolte, Paul (2005): Verantwortung übernehmen. Warum die Bürgergesellschaft ökonomisch handeln muss. In: Körber Stiftung (Hrsg.): Reflexion und Initiative. Band 5: Impulse für gesellschaftliche Verantwortung. Hamburg
- Oberwittler, D.; Rabold, S. u. Baier, D. (Hrsg.) (2011): Städtische Armutsquartiere. Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Wiesbaden
- Oelschlägel, D. (2001): Gemeinwesenarbeit. In Otto, H.-U. u. Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied u. Kriftel
- Offe, C. (1979): „Unregierbarkeit.“ Zur Renaissance konservativer Krisentheorien. In: Habermas, J. (Hrsg.): Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘. Frankfurt a. M.
- Otto, H.-U. u. Ziegler, H. (Hrsg.) (2010): Education, Welfare, and the Capabilities Approach – European Perspectives. Farmington Hills: Opladen
- Pogge, T. (2002): World Poverty and Human Rights: Cosmopolitan Responsibilities and Reforms. Cambridge
- Popper, K. R. (2000): Die Autonomie der Soziologie. In: Popper, K. R. u. Miller, D. (Hrsg.): Lesebuch: ausgewählte Texte zu Erkenntnistheorie, Philosophie der Naturwissenschaften, Metaphysik, Sozialphilosophie. Tübingen
- Rose, N. (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, U. u.a. (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Frankfurt a. M.
- Rose, R. (1981): What if anything is wrong with big government? In: Journal of Public Policy, vol. 15-36
- Sampson, R.J. u.a. (2002): Assessing ‚neighborhood effects‘: Social processes and new directions in research. Annual Review of Sociology 28: 443-478
- Sherman, L. (1997): Communities and crime prevention. In: Sherman, L. et al. (Eds.): Preventing crime: What works, what doesn't, what's promising. A report to the United States Congress prepared for the National Institute of Justice. Washington
- Stern, M. (1999): Gesellschaftsanalyse und Soziale Arbeit heute. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 38: 5-22
- Stiftung SPI in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut München (DJI) (Hrsg.) (2002): „und raus bist Du(...)?“ KuQ- Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten. Berlin u. München
- Stövesand, S. (2007): Doppelter Einsatz: Gemeinwesenarbeit und Gouvernementalität. In: Anhorn, R. (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit: Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme. Wiesbaden
- Townsend, P. (1979): Poverty in the United Kingdom. Harmondsworth
- Tunstall R. u. Lupton R. (2003): Is targeting deprived areas an effective means to reach poor people? An assessment of one rationale for area-based funding programmes. Centre for Analysis of Social Exclusion, London School of Economics. CASE Paper No 70. London
- van der Pennen, T. (1999): Sozialwirtschaftliche politische Strategie und Praxis: das Beispiel Niederlande. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Modernisieren ohne auszuschließen : Quartiersentwicklung zur Verhinderung einer städtischen Unterschicht. Bonn
- Vogel, B. (2003): Neues aus der Großstadt? In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, 3/4: 201-20
- Vorländer, H. (2001): Dritter Weg und Kommunitarismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16/17: 16 – 23

- Walklate, S. (2001): Gendering crime prevention. In: Hughes, G. u.a. (Hrsg.): *Crime Prevention and Community Safety*. London
- Weiss, I. (2003): Social work students and social change: On the links between views on poverty, social work goals, and policy practice. In: *International Journal of Social Welfare*, 2: 132-41
- Weiss-Gal, I. u. Gal, J. (2008): Social Workers and Policy-Practice: The Role of Social and Professional Values. *Journal of Social Service Research*, 4: 15-27
- Ziegler, H. u.a. (2010): „Arbeitslos mit Kindern.“ Bewältigungsstrategien und institutionelle Unterstützung. Eine Befragung von Bedarfsgemeinschaften und Alleinerziehenden mit Kindern unter 15 Jahren im ALG II Bezug. Bielefeld